

Das BAUWERBE OST



*Gemeinsame **Pressemitteilung** des Sächsischen Baugewerbeverbandes und des Baugewerbe-Verbandes Sachsen-Anhalt*

DAS HAUS DEUTSCHLAND WANKT – BAUWERBE OST DEMONSTRIERT FÜR SOLIDES FUNDAMENT

Dresden/Magdeburg (02.12.2023). Die baugewerblichen Verbände aus Sachsen und Sachsen-Anhalt unterstützen die geplanten Protestaktionen der Bauern.

Die Mitgliedsbetriebe beider Verbände sind aufgerufen, im Rahmen dieser Aktionen mit Nachdruck auf den Notstand im Hoch- und Wohnungsbau aufmerksam zu machen. „Wir haben in den letzten Monaten viel geredet – mit Bundespolitikern aller Couleur – alle haben sie Verständnis für unsere Situation gezeigt, unternommen aber haben sie nichts. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, unseren Unmut über die offenkundige Ignoranz dieser Bundesregierung auf die Straße zu tragen“, konstatiert der Vizepräsident des Sächsischen Baugewerbeverbandes, Uwe Nostitz.

„Auch wenn die Baubranche andere Sorgen umtreiben, als die Bauern – eines eint uns: Die Tatsache, dass wir uns von dieser Bundesregierung allein gelassen, vor den Kopf gestoßen und ausgenutzt fühlen“, betont der Präsident des Baugewerbe-Verbandes Sachsen-Anhalt, Peter Nitschke. Immer neue Versprechungen, die nicht eingehalten wurden, immer neue Ideen, die insbesondere den Mittelstand schwächen und immer wieder enttäuschte Hoffnungen hätten das Fass jetzt zum Überlaufen gebracht, und deshalb schließe sich das Baugewerbe OST mit seinen Forderungen den Protesten der Bauern an. „Das Haus Deutschland ist unter dieser Regierung gewaltig ins Wanken geraten. Wir müssen jetzt das Fundament sanieren, bevor unsere Wirtschaft wie ein Kartenhaus zusammenfällt“, sagen Nostitz und Nitschke übereinstimmend.

Dazu gehört aus Sicht des Baugewerbes vor allem Planungssicherheit für alle am Bau Beteiligten. Um diese wiederzuerlangen, mahnt die Bauwirtschaft eindeutig geregelte und vor allem realistisch umsetzbare Vorgaben für die energetische Sanierung des Altbaubestandes und für energieeffizientes Bauen im Neubaubereich an. Auch klare Förderprogramme mit einer ausreichend langen Laufzeit, mit denen Bauen wieder bezahl- und planbar wird und die Förderung von Wohneigentum von jungen Familien, gehören zu den dringlichsten Forderungen der Branche. Hinzu kommt der Ruf nach einer verantwortungsvollen Vergabepolitik der öffentlichen Hand.

„Wenn wir auf unsere Infrastruktur blicken, wird oft von einem Sanierungsstau gesprochen – den größten Sanierungsstau haben wir aber gerade in der Bundespolitik“, sagt Nostitz.

Medienkontakte:

Katrin Kleeberg, Presse- Öffentlichkeitsarbeit, Tel.-Mobil: 0151 11505285